

POST AUS DER DDR

5 Im Herbst ,89, als die deutsche Nation den Einstieg in ihr neues imperialistisches Zeitalter feierte und Hunderttausende Trabis samt Insassen mitfeiern durften, haben wir bundesweit 5 Flugblätter "Gegen den deutschen Wahn" verteilt. Viele dieser Flugblätter haben den Weg in die DDR gefunden und dort ein stärkeres Leserbriefecho ausgelöst - anders als im westdeutschen Heimatland des Meinungspluralismus, wo abweichende Argumente mit konsequenter Nicht-Befassung geahndet werden. Wir dokumentieren im folgenden Ablehnung und Zustimmung und versuchen zu erklären, weshalb *nicht eine einzige kommunistische* Zuschrift darunter war.

10 ***I. Das Menschenrecht auf Erbitterung schlägt zurück***

“(...) weiß ich nicht, wie gut Du die DDR kennst. Du kannst ja mal versuchen, hier 10-15 Jahre zu leben; dann merkst Du, daß hier nichts funktioniert. Aber das blieb Dir ja zum Glück erspart.” (S.L., Ilmenau)

5 “(...) betrachte ich als Beleidigung der Menschen, die um ihre Freiheit gewaltlos kämpfen. Wir wurden von dem damaligen SED-Regime betrogen, und diesen Betrug wollen Sie auch noch rechtfertigen. Dies ist für mich ein Grund mehr, solchen Gruppen, wie Sie eine sind, das Existenzrecht abzuspochen. Ich werde alles tun, daß derartige Initiativen in keiner Weise mehr aus dem erwirtschafteten Nationaleinkommen unseres Staates unterstützt werden. (...)

10 Es sollte mich nicht wundern, wenn Sie oder zumindest einige Ihrer Mitglieder der RAF sehr nahe stehen. Sie hätten ja in den vergangenen 40 Jahren in die DDR umsiedeln können, um die Errungenschaften dieses Systems zu genießen. Aber dazu reichte Ihr Mut nicht. Die garantierten demokratischen Freiheiten, welche selbst Ihre diffamierende politische Arbeit zulassen, waren dann doch wohl sicherer für Sie.

15 Wer die Vorzüge einer Gesellschaft in Anspruch nimmt und dann in politisch unreifer und vor allem undemokratischer Weise gegen die eigene Regierung ankämpft, steht nicht auf dem Boden der Glaubwürdigkeit.” (U.M., Görlitz)

20 “Das was Ihr ‚Lumpen‘ (...) in Eurem Pamphlet Nr. 4 schreibt, ist ein Schlag ins Gesicht eines jeden ehrlichen DDR-Bürgers. Wie könnt Ihr Euch anmaßen zu beurteilen, ob wir durch Amtsmissbrauch und Korruption von einem zuerst personenkultbesessenen Stalinisten und danach von einem machtgierigen Triumvirat ausgebeutet wurden. Gehalten wie in einem KZ, den sicheren Tod an der Mauer vor Augen, wenn man das gelobte Land verlassen wollte.

25 Sicher haben diese Leute vom Schlage Schalck-Golodkowski Geschäfte mit dem Kapital gemacht. Aber zu behaupten, dies wäre aus reiner Bevölkerungsliebe geschehen, ist die Schizophrenie in Person. Ihr Linken, besonders die SEW, die Hure der SED, ließ sich aushalten mit mehr als 50 Mill. DM von den Bürgern der DDR. (...)

30 Besser wäre gewesen, Ihr wäret schon vor 10 Jahren übergesiedelt und hättet diesen Staat zu einem attraktiven und leuchtenden Beispiel mitgestaltet. Kommt her, arbeitet hier und lebt hier und versteckt Euch nicht dahinter, daß Ihr in der BRD etwas verändern wollt. Auf baldige Übersiedlung...” (A.S., Mittenwalde)

“Werte Herausgeber des Flugblatts ‚DDR kaputt und jetzt?‘ (...)

Ihr glaubt zu wissen, was die Menschen in unserem Lande bewegt. Ich muß euch sagen, daß Ihr keine Ahnung habt von den wirklichen Ereignissen im Land. Ich will nicht viel reden, ich lade
35 einen von Euch ein, bei uns zu wohnen und zu arbeiten. Mit allen Vor- und Nachteilen. (...) hätten ein kleines Zimmer frei. Kommt zu uns und lebt mit uns, aber nicht nur zwei Wochen wie im Urlaub. So wie wir es seit vielen Jahren machen. Dann reden wir weiter. (...) Ich arbeite als Gärtnerin. Auch in meinem Betrieb benötigen wir Arbeitskräfte. Also nur Mut. Ich erwarte, daß Ihr zu Eurem Flugblatt steht.” (A.N., Markkleeberg)

5 “Ich sehe in Eurer Argumentation die Saat für solche Terroranschläge, wie sie an Herrhausen passiert sind. Und ich habe auch eine Lösung für Euch alle! Ihr so Unzufriedenen, kommt doch rüber! Es zwingt Euch ja keiner, in diesem Sumpf zu wohnen. (Ich denke dabei an die Worte vom faulenden, parasitären Kapitalismus.) Aber von Euch kommt keiner, weil Ihr selbst Euch an den Gegebenheiten der Gesellschaft labt und auch um Eurer Kampfziele willen dies nicht aufgeben wollt. Keiner könnte vielleicht auch nur drei Monate das Rennen nach allen Waren bei den schönen billigen Mieten ertragen. Oder gibt es dafür andere Gründe?” (F.W., Zwickau)

10 “Es wird höchste Zeit, daß wir für Euch keine 40 Mill. Mark mehr jährlich zahlen.” “Wie wäre es, wenn Ihr ein halbes Jahr unter unseren Bedingungen in der DDR leben müßtet. Ihr würdet Euch umgucken.” (H.W., Karl-Marx-Stadt)

15 “Beiliegende ,10 Fragen an unsere neuen Mitbürger aus der DDR‘ bekam ich während einer Besuchsreise (...) von jungen Leuten in die Hand gedrückt. (...) fragte ich eine der Verteil-Personen, ob sie schon mal in der DDR war. Sie verneinte diese Frage! Daraufhin sagte ich Ihr, dann habe sie auch kein Recht, solche Blätter mit diesem Inhalt zu verteilen. Reaktion: ein ratloser Blick! (...)

20 Der Inhalt des Blattes soll doch den Eindruck vermitteln: die (bis dahin bekannte) DDR ist gegenüber Westdeutschland immer noch das ‚geringere Übel‘ - also DDR-Bürger: bleibt, wo ihr seid! Sie werden verstehen - hoffe ich -, daß uns als Betroffenen diese Einsicht nach allen Enthüllungen der letzten Wochen (täglich gibt’s neue) nicht mal mehr ein mildes Lächeln entlockt, sondern den Zorn ins Gesicht treibt!

Sie sitzen offensichtlich wie die Linken der DDR immer noch der Illusion eines machbaren Sozialismus auf und verkennen dabei doch, daß der einfache Mensch ganz anders denkt - jedenfalls zeigen das die Polarisierungen auf unseren Demos.

25 Wahrscheinlich haben die Intellektuellen seit Marx noch nicht begriffen, daß sie in jedem System nie die volle Härte der jeweiligen Schattenseiten zu spüren bekamen, sondern mehr oder weniger gut ihr Leben führen konnten. (...)

30 Wenn Sie, wie in diesem Blatt zu lesen, die DDR immer noch für das kleinere Übel oder den ‚besseren Teil‘ Deutschlands halten, dann sollten Sie und Ihre Mitstreiter schon lange hierher übergesiedelt sein. Was hält Sie noch in der BRD?”

Kommt doch mal nach drüben!

35 Umziehen sollen wir also; erst einmal aus eigener Erfahrung kennenlernen, wie scheußlich das Leben drüben war und noch ist; und zwar bevor wir uns mit einem Flugblatt in die Lage und die Gedanken deutscher Bürger in Ost und West einmischen und kritische Töne dagegen laut werden lassen; besser noch: statt dessen. Wir haben’s vernommen. Wir vermissen eine solche Ermunterung freilich gegenüber denjenigen Westdeutschen, die schon seit jeher und jetzt mehr denn je haargenau wissen wollen, was einem DDR-Bürger fehlt, nottut und guttäte. Oder haben sich Willy Brandt und Hans Jochen Vogel erst einmal in Leipzig-Süd eingehaust und jahrelang nach einem Trabi angestanden, bevor sie ihre Sozialdemokratie als Heilmittel aller Gebrechen des SED-Staats empfehlen: Haben die Dresdner-Bank-Chefs jahrelang die Bspitzelung durch den Stasi erduldet, um dann auf die großartige Lösung zu verfallen, daß Dresden und Leipzig natürlich eine Filiale ihres Ladens brauchen: Warum werden Theo Waigel von der CSU und Edzard Reuter von Daimler Benz nicht mit dem Vorwurf der Ahnungslosigkeit mangels selbsterlittener

Erfahrung konfrontiert, wenn sie sich mit finanzstarken Joint ventures in die Lage und mit massiver Wahlpropaganda in die Bewußtseinslage von DDR-Bürgern einmischen?

5 Es muß wohl daran liegen, daß von Politikern und Kapitalisten ohnehin niemand erwartet, sie würden die Welt jemals ernstlich mit den Augen ihrer Wahlbürger und Lohnabhängigen betrachten, auf den Begriff bringen und auf deren Interessen beziehen, wo sie doch nach politischer Macht und wirtschaftlichem Kommando über Land und Leute streben. Das wäre ja auch wirklich sachfremd. Solche Figuren sind unterwegs, um über das drüben ansässige Volk - ebenso wie über das hiesige - zu entscheiden, was *mit* ihm anzustellen ist. Ihr Job ist es, mit der Gewalt, die sie per Staatsmacht wollen oder in Geldform besitzen, Lebenslagen für die Masse der
10 Leute zu schaffen; nie und nimmer ist es ihre Angelegenheit, die geschaffenen Lebenslagen vom Standpunkt derer, die sich darin einrichten müssen, zu erklären, geschweige denn zu kritisieren, gar noch in der Absicht, daß die Betroffenen da lieber selber mal was in die Hand nehmen, statt immer bloß tief betroffen zu sein.

15 Eine solche Beratung darüber, was die Zerstörung des "realsozialistischen" Systems in der DDR, der Erfolg der westdeutschen Staatsmacht an dieser Front, die Herrichtung des Ostens zur kapitalistischen Geschäftssphäre, der neue gesamtdeutsche Nationalismus und ähnliche Schönheiten für die Leute bedeuten, die damit klarkommen müssen, ob sie wollen oder nicht: Das war, wir geben es zu, der Zweck und Inhalt unserer Flugblätter. Einen anderen Standpunkt haben wir sowieso nicht als den der Klärung, welche politischen Zwecke und ökonomischen Interessen die Lage beherrschen, was die beherrschten Leute davon haben, was sie daraus machen und welche Fehler sie vermeiden sollten.

Dieses Angebot ist von vielen Adressaten nicht bloß ignoriert, sondern entschlossen zurückgewiesen worden. Es läßt sich ja auch sehr viel leichter ablehnen als
25 Regierungserklärungen die nichts erklären, sondern politische Fakten schaffen -, Investitionsentscheidungen und andere Eingriffe von oben herab. Denn die entfalten auch dann ihre Wirkung, wenn das betroffene Völkchen sich damit gar nicht oder nur im Namen verfälschender Ideologien abfinden mag. Es kommt aber noch eins hinzu: Wo machtvolle Interessen regierend, bestimmend, diktierend, mit ihren verlogenen Sprachregelungen - und auch durchaus ohne langjährige
30 Lebenserfahrung "vor Ort" - Einzug halten, nimmt sich das "revolutionäre" Volk der DDR erst gar nicht die Freiheit zur Prüfung und Ablehnung heraus. Die Freiheit, "Bevormundung" zu entdecken und zurückzuweisen, sieht sich viel eher durch Argumente herausgefordert, die verkehrte Auffassungen zurechtrücken wollen. Denn damit werden die DDR-Bürger ja glatt angeredet als welche, die selber etwas machen sollen und durchaus vieles falsch machen können, was sie besser korrigieren sollten. Gegen diese Zumutung wehren sich unsere beleidigten
35 Briefeschreiber nach allen Regeln des moralischen Denkens.

Das Recht aufs Meckern

Wir sollen also "nach drüben". Und wozu: Damit uns dort wegen schlechter Erfahrungen mit dem "Realen Sozialismus" das Herumkritisieren am bundesdeutschen Kapitalismus, an der
40 bürgerlichen Demokratie und am West-Drang der DDR-Bürger vergeht. Und was ist, wenn unsere Einwände ganz wohnortunabhängig ihre Gültigkeit haben? Wenn für uns beim Kritisieren das

Argument zählt und nicht die schlechten Erlebnisse dessen, der seine Einwände anmeldet: Dann um so schlimmer für unsere Kritik!

Unsere Flugblattgegner machen uns hier folgende grundsätzliche Rechnung auf: Ihre eigene Absage an die SED-Herrschaft ist allein deswegen über jedes Argument erhaben und unwidersprechlich, weil sie sich pur auf die eigenen bitteren Erfahrungen beruft. Die sind authentisch, also glaubwürdig; und deswegen auf dieses ‚deswegen‘ kommt es an - brauchen sie sich nicht die Frage gefallen zu lassen, was daraus wirklich folgt und ob sie sich in ihrem Verständnis der Lage, der sie ihre scheußlichen Erlebnisse verdanken, nicht vielleicht doch täuschen. Denn - so die stillschweigende Voraussetzung - wenn es einem Beschwerdeführer schlecht geht und seine Kritik nichts als das ausdrückt, dann und nur dann ist er ganz ohne Frage im Recht.

So ist es in der Tat - wenn man den kleinen Bedeutungswandel mitmacht und die Frage, ob ein Kritiker recht hat, von vornherein in die etwas andere Frage übersetzt, mit welchem Recht da einer kritisiert. Damit ist ein Prüfungsverfahren eröffnet, das sich auf Argumente erst gar nicht einläßt, sondern statt dessen herausbekommen will, ob sich der Beschwerdeführer sein gutes Recht aufs Meckern auch ehrlich verdient hat. Verdienen läßt sich so etwas durch eindeutig unverdientes individuelles Unglück. Wird das anerkannt, so geht die Beschwerde moralisch in Ordnung, und keiner darf mehr etwas dazu, geschweige denn dagegen sagen.

Das beleidigte Rechtsbewußtsein der anderen Deutschen

Nach diesem Muster melden sich demokratische Bürger zu Wort und DDR-Bürger auch. Sie wissen sich im Vergleich zu jedem Westler pauschal zum Jammern berechtigt, weil sie ja drüben leben und alle guten Deutschen sich sowieso einig sind, daß das allein schon den Tatbestand eines unverdienten Unglücks erfüllt. Sie sind als Kronzeugen gegen die alte DDR gefragt und beliebt, und zwar gerade so, daß sie gar nicht die DDR kritisieren, sondern ihr Leben in diesem Staat beklagen, der ein Unrechtsstaat ist, weil er sie nicht unter die im Westen herrschenden Lebensbedingungen gesetzt hat.

In diesem Sinn verfügt jeder DDRler bei Bedarf über eine jammervolle Lebensgeschichte, gegen die kein Westler anstinken kann - und Neger, die nach derselben moralischen Logik mit ihrer authentisch erlebten Hungerheimat die allgemein anerkannten ostdeutschen Leidensgeschichten blamieren könnten, kommen erstens mangels Gelegenheit nicht dazwischen, und zweitens hätten sie auch nicht das gute deutsche Recht, sich mit Bundesbürgern zu vergleichen und als zu kurz gekommener Volksteil vorzustellen.

Denn darin liegt die Eigentümlichkeit des innerdeutschen Beschwerderechts, das DDRler sich nicht nehmen lassen: Es besitzt ausnahmsweise eine praktische politische Bedeutung. Nicht von sich aus; das geht gar nicht; denn wenn es bei einer Kritik nicht darum geht, ob sie richtig ist und die Sache trifft, dann folgt aus ihr auch keine Veränderung der Sache; und wenn es statt dessen nur darum geht, ob der Kritiker ein Recht zum Meckern hat, dann ist die Entscheidung dieser Frage auch schon die ganze praktische Konsequenz. Die Anerkennung eines individuellen Rechts auf eine schlechte Meinung über das eigene schwere Schicksal ist ein für allemal nicht der Auftakt dazu, sachdienliche Hinweise inhaltlich zu würdigen und solche Schicksale abzuschaffen; sie

beendet die Ermittlungen in der Frage, ob genau dieses Individuum hat meckern dürfen, und hat ihm und seiner Beschwerde eben damit schon die ihm zustehende Gerechtigkeit widerfahren lassen. Der *Fall* ist damit abgeschlossen. *Praktisch* folgt daraus gar nichts weiter, außer daß der so glänzend bediente Meckerer jetzt aber auch mal wieder die Schnauze halten darf.

5 Anders im deutsch-deutschen Systemvergleich von unten. Bei ihrer eigenen Obrigkeit und in ihrer einstigen Öffentlichkeit haben lamentierende DDR-Bürger das nicht gefunden, worauf sie sich ein moralisches Recht erworben haben, nämlich *Gehör* - wohlwollend und folgenlos, wie das diesem Ding so eigen ist -; das hat ihr Rechtsbewußtsein verbittert. Nebenan, in der BRD, sind sie demgegenüber nicht bloß auf öffentliches Verständnis gestoßen, sondern auf eine praktische
10 politische Tat, nämlich eine machtvolle offizielle Einladung, die subjektiv so unerträglich gewordenen Lebensverhältnisse per Übersiedlung gegen ganz andere auszutauschen. Diese Einladung ist zwar überhaupt nicht deswegen erfolgt, weil den DDRlern so bitteres Leid geschieht, sondern weil die BRD da einen Hoheitsanspruch hat und nie aufgegeben hat. Ihre
15 Wiedervereinigungspolitik hat aber, aus der Froschperspektive betrachtet, jede Beschwerde eines DDRlers machtvoll ins Recht gesetzt und Bonner "Obhut" als praktische Konsequenz nach sich gezogen. Dem beleidigten Rechtsbewußtsein wurde so eine wirkliche Wahlfreiheit eröffnet. Je zugänglicher das westliche Sonderangebot, um so kompromißloser sind DDR-Bürger in der
20 Verurteilung ihrer Lebensbedingungen geworden. Je leichter es ging, um so mehr haben sie das von der BRD geschaffene Recht genutzt. Zum Dank dafür pochen sie auch um so mehr darauf, wie überlebensnotwendig dieses Recht für sie sei und wie gründlich sie es verdient haben.

Das ist der Beitrag dieser Leute zur deutschen Politik. Sie beanspruchen überhaupt keinerlei eigene Zuständigkeit für die Regelung ihrer ökonomischen und politischen Belange, sondern melden als authentisch zu kurz gekommene *Deutsche* ihr Recht an, in Zukunft genau wie die im Westen *regiert zu werden*. Sie finden gar nichts dabei, daß ihre "revolutionär errungene" Freiheit
25 vom alten Regime gleich schon wieder eine ganze Welt von Zwängen und Sachzwängen zum Inhalt hat - genau so war's gemeint: Der SED nicht mehr als Untertan zur Verfügung stehen, statt dessen neuen Herren, und denen sofort! Sie laufen, geistig und praktisch, zu der Bonner Obrigkeit und zu kapitalistischen Arbeitgebern über, die sowieso ihre Hand auf sie legen, und verstehen ausgerechnet das als die Verwirklichung ihres wohl erworbenen exklusiven Beschwerderechts und
30 als ihre Befreiungstat.

Üble Nachrede gegen subversive Argumente

Und dann sagen BRD-Marxisten ihnen die Meinung! Quatschen sie an als Leute, die gescheiter daran täten, sich selber vernünftig um ihre gesellschaftlichen Lebensbedingungen zu kümmern,
35 statt sie erst als "Realen Sozialismus" erbittert zu erdulden, dann als demokratischen Kapitalismus erfreut entgegenzunehmen und sich nach wie vor den Preis fürs Zurechtkommen von anderen und nach Maßgabe fremder Interessen diktieren zu lassen. Da kriegen sie es sogar schriftlich, daß ihr gutes deutsches Recht auf Systemvergleich und Übersiedlung nichts gar so Großartiges ist, weil ihr Recht nur darin besteht, die eine Abhängigkeit gegen die andere auszutauschen. Sie müssen
40 lesen, daß ein paar Kommunisten in Westdeutschland die zweifellos beschissenen Lebensbedingungen in der DDR überhaupt nicht für einen guten Grund halten, die Bundesrepublik als bestes Angebot, das für Deutsche zu haben ist, dankbar zu begrüßen und sich fortan bloß

noch um erfolgreiche Anpassung an die neue Herrschaft zu bemühen. Sie werden nicht gefeiert, sondern kritisiert, weil sich ihr "revolutionärer" Freiheitsdurst darin austobt, demonstrativ aufzustehen, den von anderen entmachteten alten Herren einen Tritt zu geben und neue, erfolgreiche Herren um die Übernahme des Kommandos zu ersuchen!

5 Ein deutscher Mensch, der seine moralischen Rechte und sonst gar nichts kennt, muß das als Beleidigung nehmen. So einer hört aus jeder Kritik, sei es an seiner Sicht der Dinge, sei es am Ziel seiner privaten Wünsche, einem Leben in der BRD, einen Anschlag auf sein, wohlerworbenen Rechte heraus; und das auch noch durch Leute, die - seinem Weltbild zufolge - dieses Recht längst haben und in vollen Zügen genießen und sogar zur Kritik mißbrauchen, obwohl sie mit ihrem Leben in der BRD doch schon gar kein Recht auf Unzufriedenheit mehr haben. Der DDRler merkt, auch wenn er keinen ganzen Satz zur Kenntnis nimmt, die Absicht, ihm den Gedanken aufzudrängen, es gäbe auf der Welt womöglich noch andere Täuschungen als die, die er von seiner alten SED her kennt und denen er sein Recht auf radikale Parteilichkeit für die BRD entnommen hat. Schon am Tenor, ja an der bloßen gedruckten Existenz unserer Polemik wird manchem gleich klar, daß es uns nicht um den Nachweis eines subjektiven Rechts auf Unzufriedenheit geht und um etwas ganz anderes als menschliches Verständnis für Leute, die es auch nicht leicht haben. Der moralisch denkende Bürger vernimmt die Zumutung auch an ihn höchstpersönlich, von der Beschwerdeform des Denkens, dem Jammern, abzulassen; und an der Form ahnt er den subversiven Inhalt: die Welt nicht vom Standpunkt des Regiert-Werden-Wollens, des Sich-Einsortierens ins gegebene Herrschaftsverhältnis zu betrachten. Natürlich ist das ein Anschlag auf sein Freiheitsbewußtsein - ist so etwas überhaupt erlaubt? Und hat er *dafür*, schon praktisch oder zumindest ideell, die Herrschaft gewechselt, damit ihm jetzt schon wieder, wenn auch bloß auf einem Zettel, sein Menschenrecht auf wohlwollendes Gehör bestritten wird?

Die konsequente Antwort des beleidigten DDR-Bürgers ist die moralische Vernichtung: kein Existenzrecht für Leute, die ihm so kommen! Das gehört unterstrichen. Also: Streichung von der Empfängerliste "realsozialistischer" Geldspenden - was kümmert es, daß die SED und ihre westdeutschen Partner sich seit Jahrzehnten an unserer Kritik ihres Ladens, stören und unsere Kritik an den bundesdeutschen Verhältnissen bekämpfen, lustigerweise auch mit dem "Argument", uns ginge es gar nicht schlecht genug, daß wir so grundsätzlich kritisieren dürften. Die demokratischen Segnungen des Flugblätter-Schreiben- und -Verteilen-Dürfens gehören uns entzogen, was sich mit der empfohlenen Übersiedlung von selbst erledigen dürfte - heute zwar nicht mehr; aber für die alten Praktiken des Stasi wüßte so mancher jetzt eine passende Verwendung. Im Namen von Marx gehören wir in denselben Topf wie die SED, die ja sowieso unten durch ist; dumme Phrasen aus der "realsozialistischen" Staatsideologie, die man bei uns nie gelesen, von der SED aber noch im Kopf hat, sind der Beweis. Vielleicht ist SED aber noch nicht einmal schlimm genug?! Der Mord an Bankier Herrhausen erinnert den aufgeweckten DDRler an das, was in der BRD als die schlimmste kriminelle Vereinigung gilt: MG ab in ein und denselben Topf mit der RAF! Nur keine Skrupel beim Gleichsetzen und Übel-Nachreden - es dient ja einer guten Sache.

40 ***Der Stasi im Kopf***

Diese DDR-Bürger sind reif für die Demokratie. Ihr gesamtes Denken ist Antikritik; nicht in dem matten Sinn, daß es kein Gemecker hören will oder bestimmte Gegenstände der Kritik entzieht, sondern per Prinzip: Wer das Glück hat, unter westdeutschen Herren zu leben, braucht sich sein Lebtage über gar nichts mehr zu beschweren. Sortiert wird die politische Welt nach gut und böse; daß ein Honecker viel mehr Übereinstimmungen mit einem Kohl aufweist und ein Schalck-Golodkowski viel mehr mit einem Strauß zu tun hat (und hatte) als mit einem Kommunisten, oder daß der Stasi seine gleichgesinnten und gleichgearteten Kollegen nicht in der MG hat, sondern im westdeutschen Verfassungsschutz, dem das sorgfältige Ausspionieren solcher linken Vereine schon nicht mehr genügt - das geht solche Denunziationskünstler gar nichts an.

5

10 Einen politischen Willen haben diese guten Deutschen auch. Er ist fest darauf gerichtet, die Regelung aller ökonomischen und politischen Dinge denen zu überlassen, die sowieso die Gewalt und das Geld dazu erstens haben und zweitens erfolgreich einsetzen. Den Vorschlag, die Sache andersherum zu sehen und zu handhaben, verstehen sie sehr wohl - als Beleidigung ihres Rechts auf Anpassung an die Unterordnungsverhältnisse, die sie als die vergleichsweise angenehmeren

15

ausgemacht haben. Opposition halten sie für überflüssig, wo sie erlaubt ist, und für unzulässig, weil sie doch erlaubt ist; im Namen der Freiheit stehen sie mit Verbotsanträgen bereit.

Und da sage noch einer, die DDR hätte zur Zeit keinen funktionierenden Stasi...

II. Demokratischer und proletarischer Moralismus bestehen auf Abrechnung statt Kritik

5 “Ihr habt wohlweislich verschwiegen, daß die hiesigen Kommunisten stets
Bescheidenheit, Einfachheit gepredigt haben und ihre proletarische Herkunft nur gar zu
gerne herausstellten. Auch darauf war und ist die ganze Gesetzgebung ausgerichtet.
Niemand soll und darf reich werden. Wer es dennoch schafft, hat dies um das Opfer von
10 97% Steuern getan. Besonders schwer wurden Leute bestraft, die spekulierten und ohne
direkte Arbeit (sofern es diese Definition überhaupt gibt) Geld verdienen. Und nun ist
diese Schizophrenie herausgekommen. Diese Scheinkommunisten haben das Volk
jahrzehntelang belogen, nicht nur deren Besitz ist das Vergehen, sondern vor allem deren
Lüge. Wort und Tat stimmten nicht überein. Man denke nur an den Westbesuch von Harry
15 Tisch und seine Worte, als der Flüchtlingsstrom über Ungarn losging... usw. Diese Lügen
hat der Sicherheitsapparat gedeckt und sein Ziel war nicht die Sicherheit des Volkes,
sondern die Sicherheit der Bonzen.

15 Dabei sollte mit einbezogen werden, wie sehr sich das Volk dabei um alles mühen mußte.
19 Jahre Wartezeit auf ein Auto, Wartezeiten für Tiefkühltruhen, Wohnungen, Möbel,
Gasherde, ... eigentlich für alles - oft genannt: Bilanz. Jeder Parteibonze ab Kreisebene hat
diese Dinge umgangen, und viele haben sich dazu noch auf Staatskosten große Anwesen
errichtet.

20 Mir ist nicht bekannt, daß Eure Politiker proletarische Manier und Bescheidenheit
predigen. Mir ist auch nicht bekannt, daß Eure Politiker grundsätzlich andere Rechte
haben als das Volk. Das ist der FEINE UNTERSCHIED!” (F.W., Zwickau)

“Sie haben bisher folgendes nicht begriffen:

25 Hier hat sich nicht irgendein Kapitalist, sondern die Führung einer Arbeiter- und
Bauernpartei bewußt vom Volk isoliert. Das geschah nicht nur durch Einzug in Wandlitz
(dem Volk wurden gleichzeitig 11 qm Wohnraum pro Person zugestanden), sondern auch
durch das Verschließen der Augen und Ohren vor allen Mißständen und Problemen.

Anstatt Probleme aufzugreifen und zu lösen, wurden sie weggelogen. Anstatt die
Wirtschaft wissenschaftlich zu leiten, konnte sich Herr Mittag erlauben, nach seinem
fragwürdigen Ermessen herumzurühren. Er konnte es ja nicht besser, da er aufjede reale
Information bewußt verzichtete.

30 Die Menschheitsgeschichte lehrt, daß eine Gesellschaftsordnung von der anderen abgelöst
wird, wenn sie nicht mehr progressiv ist. Der Sozialismus war dazu bestimmt, den
Kapitalismus abzulösen. Dazu war es wohl auch Zeit. Es war die verdammte Pflicht und
Schuldigkeit einer marxistischen Parteiführung wie der unseren (und auch aller anderen
35 sog. sozialistischen Staaten), in der Praxis nachzuweisen, was die Idee wert ist. Mit ihrem
verantwortungslosen Verhalten haben sie sich zu Verbrechern an der Menschheit gemacht!
Aber die DDR-Bevölkerung ist natürlich so edel nicht gesinnt, daß sie nur diesen Fakt der
Anklage gelten ließe. Denn sie hat 30 Jahre lang diesen Widerspruch ertragen müssen
zwischen Theorie und Praxis. In letzter Zeit wurde die Ähnlichkeit zu den Praktiken der
40 Hitlerclique immer größer, was die Unterdrückung Andersdenkender betraf. Ich kann das
beurteilen, denn ich habe noch Erinnerungen an diese Zeit.

45 Es geht natürlich bei der Verfolgung dieser Leute auch darum, daß sie sich auf
Gesellschaftskosten bereichert haben. Jeder Dieb wird hier verfolgt für weitaus geringere
Beute. Und gerade sie behaupteten, daß sie andere Ideale hätten als ihre kapitalistischen
Kollegen. Es ist eben nicht dasselbe, wenn zwei das gleiche tun. Schon allein aus diesem
Grunde haben Sie völlig Unrecht mit Ihrem Vergleich und ihren Schlußfolgerungen. (...)

Mit den Mitteln, die die Lumpen unter den SED-Mitgliedern für ihren privaten Sozialismus verbraucht haben, hätte man das Gesundheits- und Sozialwesen der Stadt Dresden auf einen menschenwürdigen Stand bringen können. Sozialismus für 800000, nicht für 195 Menschen!“ (W.K., Dresden)

5 Ein reichlich armseliges Leben hat die SED ihren Volksmassen eingerichtet. Zu richtiger Empörung reicht dieser Befund aber erst hin, wenn das Volk seine Herren außerdem beim Heucheln ertappt. Diese Sicht der Dinge ist verkehrt, und zwar in den beiden Varianten, in denen diese Empörung uns als Reaktion auf unser Flugblatt “Die SED - lauter Lumpen?” präsentiert worden ist.

10 **Demokratischer Untertanengeist...**

Der Schreiber aus Zwickau, der uns wegen Verschweigens gleich mit in Haftung nimmt für das Verbrechen der SED gegen die Ehrlichkeit, stellt sich seinen ganzen Brief lang konsequent auf den Standpunkt, Regierungstätigkeit ginge dann in Ordnung, wenn die Herrschaften “Wort und Tat” zur Übereinstimmung brächten. Das DDR-Steuergesetz erklärt er sich aus dem
15 realsozialistischen Proletkult und tut so, als hätte er sich damit anfreunden können, wenn die alte Führungsgarde selber konsequent nach ihren Bescheidenheitsphrasen gelebt hätte. Umgekehrt möchte er den bundesdeutschen Herren ihr offensives Repräsentationsgehabe nicht zum Vorwurf machen, weil sie sich damit im Rahmen der allgemein geltenden Gesetze bewegen und auch gar
20 nichts anderes versprechen.

So erspart man es sich auf alle Fälle, ein eigenes Interesse an bestimmten staatlichen Taten oder gegen sie zu vertreten und zu begründen, dagegenstehende politische Vorhaben zu erklären und zu kritisieren; quasi selbstlos blamiert oder billigt man das Tun von Machthabern an dem edlen moralischen Kriterium der Ehrlichkeit. So wird der Inhalt staatlicher Politik gegen Einwände und
25 begründete Gegnerschaft geradezu immunisiert, die Moralität der Macher als einziges Argument für oder gegen ihre Werke in Kraft gesetzt.

Deutlicher läßt sich die Methode des demokratischen Untertanengeistes kaum vorführen; und zwar in seinen beiden Aspekten. Auf der einen Seite ist die Unterwürfigkeit - bzw. der Anspruch auf die der anderen - komplett, wenn dem Publikum nichts als die Tugenden seiner Herren zur
30 Beurteilung vorgegeben werden; daß die alle gesellschaftlichen Lebensverhältnisse so regeln, wie sie es beschließen, gilt ja als Selbstverständlichkeit, mit der die Betroffenen sich gar nicht erst zu befassen haben. Auf der anderen Seite ist der bescheidene Anspruch, nur nach Heuchelei Ausschau zu halten und gnadenlos dagegen zu schimpfen, selber nicht ehrlich. Denn das ist doch auch jedem aufgeklärten Beobachter der politischen Szene klar - und wenn DDRler sich darin
35 noch täuschen, so wird der Wahlkampf ihnen einen anschaulichen Nachhilfeunterricht erteilen -, daß die Übereinstimmung zwischen moralischen Worten und der Lebensführung von Politikern allemal ein gepflegter Schein ist, den die Öffentlichkeit kaputtmacht oder gelten läßt je nach dem, mit welcher Figur und welcher Partei sie aus ganz anderen Gründen als solchen moralischen Abwägungen und Fahndungsergebnissen *sympathisiert*. Gerade weil demokratische Politik mit
40 ihren freien Wahlen und Wahlkämpfen darauf beruht, daß alle Beteiligten sich für die Repräsentanten statt für die Sache interessieren und nach ihrem moralischen Geschmack politische Ermächtigungen anstellen, ist das moralische Erscheinungsbild der Konkurrenten um

5 Regierungsbüro eine berechnend eingesetzte *Waffe* und wird von den Wählern ebenso unehrlich
honoriert oder nicht. Unser Leserbriefschreiber jedenfalls hat seine Abneigung gegen Honeckers
Arbeiterparadies nicht erst, seit "diese Schizophrenie herausgekommen" ist - nur, was er dagegen
hat, ob eventuell bessere Gründe als die 97% Gewinnsteuer, verrät er nicht, weil er sich ja nur
10 darüber entsetzt gibt, daß die realsozialistischen Bescheidenheitsapostel privatim Hallodris waren.
Er sympathisiert mit bundesdeutschen Zuständen, und das nun gewiß nicht, weil in der
hierzulande herrschenden Klasse Reichtum und Angeberei einwandfrei gleich groß sind, oder weil
in unserer kapitalistischen Demokratie nirgends die Heuchelei zu entdecken wäre, Profitmacherei
und Regierungstätigkeit seien redlicher Dienst am Volkswillen - aber mehr als den Schwindel vom
15 "feinen Unterschied" teilt er als Grund seiner Vorliebe nicht mit. Das ist jedenfalls Heuchelei der
feineren, demokratischen Art. Und damit hat der Mann aus Zwickau die Zeichen der Zeit gut
erkannt: Das ist die neue Staatsmoral, die den plump-verlogenen Proletkult von gestern ablöst.

...wünscht saubere Klärung der Schuldfrage

15 Der Maßstab der Ehrlichkeit, an dem die Zuschrift aus Dresden die alte SED-Führung mißt und
aburteilt, ist ein Produkt der alten realsozialistischen Parteiideologie. Er soll nämlich ausdrücklich
nur für sozialistische Politiker gelten, für die jedenfalls viel strenger als für "ihre kapitalistischen
Kollegen"; und zwar deswegen, weil es bei sozialistischer Politik eben nicht bloß um die formelle
Tugend der Übereinstimmung von "Theorie und Praxis" ginge, sondern um die Verwirklichung
20 eines idealen Projekts, eines epochemachenden Menschheitsfortschritts. An dieser hohen Aufgabe
hätte sich die Parteiführung aus Egoismus versündigt, und zwar mit ihrem "privaten Sozialismus"
ebenso wie mit ihrem Weglügen von Problemen und Nicht-Wahrhaben-Wollen von
fundamentaler Unkenntnis.

25 So konstruiert sich ein enttäuschter, aber ungebrochener Anhänger parteischulmäßiger
Sozialismusideale wenigstens eine Erklärung dafür, daß trotz Parteiherrschaft über 30 Jahre
hinweg aus der Realisierung des fälligen Menschheitsfortschritts weniger als nichts, nämlich eine
abgründige Enttäuschung der Massen geworden ist: Er identifiziert Schuldige. Der Glaube an ein
antisozialistisches Verbrechen an der Parteispitze, an Hochverrat der Oberen am Sozialismus,
rettet hier den Glauben an die "Bestimmung" des Sozialismus, "den Kapitalismus abzulösen".
30 Und deswegen stört sich der Verfasser dieser Zuschrift an den Hinweisen in unserem Flugblatt,
wie *normal* - gemessen an den Gepflogenheiten eines modernen nationalen und internationalen
Staatslebens - die Herrschaft der Honeckers und Mittags war. Er scheint diesen Hinweisen ganz
richtig unsere Auffassung entnommen zu haben, daß der "Reale Sozialismus" der vergangenen 40
Jahre unmöglich ein einziger Widerstreit zwischen Ideal und Egoismus, geschichtlicher Mission
35 und Verbrechen gewesen sein kann - zumal sich die Millionen Parteimitglieder und die durch
"Widersprüche zwischen Theorie und Praxis" verärgerten Massen dann ja wirklich fragen lassen
müßten, warum sie ihr Gesundheits- und Sozialwesen und den Menschheitsfortschritt überhaupt
so geduldig einer Clique überlassen haben, die ja auch erst einmal irgendwie an die Parteispitze
hat gelangen müssen. Tatsächlich haben Parteimitglieder und Massen die "Verwirklichung des
40 Rechts auf Arbeit", die "Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik", das alte und jedes "Neue
Ökonomische System der Planung und Leitung" usw. doch zu Recht für die Realisierung des
Programms gehalten, für das die SED und die anderen "realsozialistischen" Staatsparteien im

Osten angetreten sind; von der "Friedenspolitik" ganz zu schweigen. Die Praxis hat sich von der "Idee" ja nie so weit entfernt, daß die materiellen Ergebnisse nicht einiges hätten zu denken geben können über die notwendigen Widersprüche der "Idee" eines sozialistischen Lohnsystems, einer gerechten und sozialen Ware-Preis-Relation, einer Planung mit dem Mittel einer im Geld vergegenständlichten Kommandogewalt usw. Und wer das "Gesetz vom Gegensatz zwischen Akkumulation und Konsumtion" für eine Erkenntnis der sozialistischen Wissenschaft hält, dürfte sich über Mängel im Dresdner Gesundheitswesen eigentlich nicht übermäßig wundern und alles auf die Datschas von ganzen 195 herrschenden Egoisten schieben - lange genug ist das ja auch nicht passiert.

Doch das wäre ja glatt eine *Kritik* an den edelmütigen, aber grundverkehrten Vorstellungen zur Verbesserung der kapitalistischen Welt, die die Parteidoktrin der "realen Sozialisten" ausgemacht haben. Und dagegen verwahrt sich die Dresdner Zuschrift, indem sie auf der Fiktion einer moralischen Scheidelinie zwischen intakten Idealen und unentschuldbaren Verstößen - darauf, daß sie "bewußt" passierten, wird Wert gelegt! - in der schnöden Wirklichkeit des "Realen Sozialismus" besteht. Die Rechnung soll dadurch zugunsten der sozialistischen *Idee* aufgehen, daß alles Unschöne aufs Verbrecherkonto der Honecker-Clique abgebucht wird. Das konnten die "Realen Sozialisten" übrigens schon unter Ulbricht und Honecker sehr gut: Schuldige suchen und finden, wenn gerade mal wieder die Verpflichtung der Betriebe auf "wirtschaftliche Rechnungsführung" überaus konsequent und logisch zu materiellen Versorgungsmängeln der ärgerlichen Sorte geführt hatten...

Zur Tradition des "Realen Sozialismus" gehört ebenso der Trost, auf den die moralisierende Wirklichkeitskritik im Prinzip hinausläuft: Wenn bloß die Führungsspitze kriminell war, dann gehört sie ausgetauscht, damit der Sozialismus wieder eine Zukunft hat. Mit der Kriminalisierung der jeweils abgesägten Genossen beweist diese Partei sich seit jeher praktisch ihren Standpunkt, daß an ihr ansonsten alles in Ordnung ist: Das, und nicht so sehr der Stasi, ist das institutionalisierte ideologische Kritikverbot dieser Partei.

Das Kommunismusverbot ist dieses Verfahren damit zugleich auch. Denn es gebietet und reproduziert jenes *Vertrauensverhältnis* zwischen Führung und Basis, dessen notwendige praktische Konsequenzen periodisch den ebenfalls traditionsreichen Vorwurf wachrufen, die Führung hätte sich mal wieder "bewußt vom Volk isoliert". Auf alle Fälle wird so sichergestellt, daß die mitmachenden Massen die Einrichtung und Verwaltung von Produktion und sonstigen gesellschaftlichen Leben konsequent nicht als ihre Sache betrachten, für deren Abwicklung sie Funktionäre im wirklichen Wortsinn bestellen, sondern *Machthabern* in die Hände legen. Das macht das "realsozialistische" Gemeinwesen denn auch dem bürgerlichen Staat so grundsätzlich ähnlich.

Und deswegen braucht sich jetzt auch kein enttäuschter Anhänger des alten Sozialismus zu wundern, wenn das an Unterordnung gewöhnte Volk die dazugehörige Tugend, sein politisches Vertrauen so flott ganz anderen Figuren schenkt, sobald ihm diese Auswahl freigestellt wird.

III. Verkehrte Sorgen um die Heimat DDR - patriotische Einwände gegen den neuen gesamtdeutschen Nationalismus - schiefe Diagnosen zur "Wende" des Volkes

“Die sofortige oder wie auch immer Wiedervereinigung wird ja nun zunehmend zur ‚Gretchenfrage‘ für alle politischen Kräfte unseres Landes. Und vielleicht auch die wahlentscheidende.

5 Wir glauben aber, daß die 40 Jahre Versuchsgesellschaft etwas gebracht haben. Auch halten wir die sofortige Zusammenschließung schon aufgrund vieler extremer Strukturgegensätze für ‚Selbstmord‘ der Kommunen.” (H.G., Halle)

“Was können speziell wir ostdeutsche Marxisten gegen eine drohende Wiedervereinigung auf der Grundlage der derzeitigen Machtverhältnisse tun? Möglicherweise ist eine derartige Strategie derzeit auch noch nicht in allen Belangen möglich.” (E.B., Dresden)

10 “Nun hat sich alles geändert! Ihre Bedenken, daß wir von der BRD aufgefressen werden, die habe ich auch! Wenn nicht gleich, dann in ein paar Jahren.

Wer die wirtschaftliche Macht hat, ist der Stärkere, ob wir wollen oder nicht. Denn der Sozialismus ist am Ende! Und die heute nach der Einheit Deutschlands schreien, werden die ersten Arbeitslosen sein und in der Gosse landen. Das Gift von Herrn Schönhuber wirkt schon in einem Teil unserer Jugend, die nicht wissen, was sie tun.” (W.W., Dresden)

15

5 “Am Anfang lief alles gut, nur merke ich jetzt, daß die Situation einer Veränderung da war, aber kein grobes Konzept zur Realisierung eines gerechteren Staates da war und die Leute auch nicht die gleichen Ziele haben, bzw. sich von einer ‚guten‘ Ideologie Werte einreden lassen, die nicht das Allgemeinwohl zum Ziel hat. Viele schreien auch so laut und unkontrolliert, wie es die taten gegen die sie auf die Straße gingen. Meinungsfreiheit sieht jetzt so aus, daß nur die Meinung der Wiedervereiniger gilt und alle anderen am Reden gehindert werden... Viele merken auch nicht, daß sie von einer Bevormundung in die andere stolpern. Die, die jetzt am lautesten schreien, werden als erste ins Dunkel fallen und dann kommt ein starker Führer und dann geht’s richtig los.

10 Ich habe das beklemmende Gefühl, daß wir alle überrannt wurden, weil auch die Fähigkeit zur detaillierten Analyse der Ereignisse fehlt.

15 Alle rennen nach Bananen und Billigrecordern, weil ja auch immer gepredigt wurde ‚Befriedigung der materiellen Bedürfnisse...‘, die nicht realisiert werden konnte. Eingesperrtsein führt bei vielen zum Reisefieber, und wenn man vom guten Onkel noch was geschenkt bekommt nichts wie hin.

20 Die, die am lautesten jammern sie sind betrogen worden, saßen in den Ecken der Fabriken und haben gegammelt, sind mit dem Arsch an der Wand langgeglitten und haben abgeschöpft, was abzuschöpfen war. Jetzt natürlich genauso. Es standen zwei Wege zur Entscheid: ein paar Jahre mit einem Apfel und ‚nem Ei zu leben, aber Probleme der Umwelt und Politik aus eigener Kraft zu lösen, oder eben das ausländische Kapital. Wer will schon das erste, vielleicht 1 %. Also mit dem Kapital kommt die Politik. T.-St.-Scherben: Geld regiert die Welt. Deshalb denke ich, daß die weitere Zukunft unseres Landes schon lange von denen da oben festgelegt ist. Ein paar machen sich noch heiß: Erneuerung oder nicht, versuchen Skandale und Privilegien aufzudekken, da sitzen die Neuen schon in noch größeren Häusern, mit noch mehr Geld.” (S.N., Karl-Marx-Stadt)

25 “Die gegenwärtige Entwicklung in unserem Land macht mir große Sorgen. Immer lauter werden Rufe nach Wiedervereinigung. Auch sind bei uns neofaschistische Tendenzen immer deutlicher zu erkennen. Ich sehe langsam ernsthaft die Gefahr, daß die Wende oder Erneuerung in die falsche Richtung läuft. Momentan ist es doch so, daß viele DDR-Bürger für ein Kilo Bananen ihre Gesinnung verraten. (...)

30 Ich werde auch weiterhin mitarbeiten, eine sozialistische Alternative zur BRD zu schaffen.” (D.S., Frankfurt/Oder)

“Beobachte ich die Freude, die gewisse Euphorie der Zeit, die sehr, sehr verständlich ist, sehe ich in gleichem Maße die Geburtsstunde einer neuen Gefahr. (...)

In vielen Gesprächen hörte ich von der Orientierung auf die sogenannte ‚Leistungsgesellschaft‘, die aber von der ‚Freien Marktwirtschaft‘ distanziert bleiben soll. ... welche Illusion!

Ich glaube an die Chance, welche durch das Öffnen der Grenzen gegeben wurde, warne selbst aber, so gut ich es vermag, vor den möglichen Folgeerscheinungen, die hierzulande noch einen ganz anderen Charakter haben, als es bei ‚Euch‘ der Fall sein kann.

Der wirtschaftliche Zwang, der nun für uns entstanden ist, den viele sogar in Hinsicht auf die ‚geliebten‘ Devisen befürworten, vermag genau das im Schlepptau zu haben, was jeder Einzelne am meisten ablehnt: KAUFBARKEIT.

Als ich nun nach 18 Jahren den ‚Westen‘ wieder betrat, das letzte Mal mit 4 Jahren, hatte ich eine Erwartungshaltung ‚im Gepäck‘, die arg enttäuscht wurde. Was ist denn wirklich ANDERS? Es ist flimmernder, heller, rasender, meinerwegen auch lebendiger, letztlich aber viel pervertierter, dem Tod ein ganzes Stück näher als der ‚einfältige‘ Sozialismus.” (O.G., Pirna)

“...finde ich genau meine Ansichten wieder. Vielleicht sollte man es auch streckenweise mit Angst bezeichnen. Polen und Ungarn ist einfach zu nah, als daß man die Folgen ‚wirtschaftlicher Hilfe‘, für mich nur eine neuartige Kolonialisationsform (obwohl so neu ja auch nicht: ‚3. Welt‘), übersehen könnte. Meiner Einschätzung zufolge sehen das aber zuwenig Menschen hier im Land. Viele gehen unter, in der Konsumsturmflut. So empfindet man hier größtenteils die 100 DM Begrüßungsgeld als Geschenk, als nette Geste. Meines Erachtens ist ein Geschenk Eurer etablierten Parteien nicht zu erwarten gewesen oder demnächst zu erwarten. Diese Millionen von Begrüßungsgeldern sind schlicht vorteilhaft für die Konjunktur. (...) Wie kann ich die 100 DM als Geschenk betrachten, wenn dem Typ hinter mir für 5000.- Ost 500.- West gegeben würde. Und das in vielen Banken und Kassen und mit anderen Summen. Das legitimiert mich, die 100 DM als mein Recht anzusehen. Ich halte das alles für gezieltes Eingreifen in den Geld-Ware-Kreislauf eines Landes.” (K.T., Ludwigsfelde)

“Wir, die Befürworter einer Eigenstaatlichkeit der DDR und Gegner einer kapitalistischen Wiedervereinigung (...) Leider haben die Montagsdemos in Leipzig einen erschreckenden Rechtsruck erfahren. Sie ist geprägt von Wiedervereinigungswahn und rechter Stimmungsmache. So werden wir, die für Eigenstaatlichkeit und gegen Neofaschismus eintreten, als ‚Rote Schweine‘ und ‚Rote aus der Demo raus‘ betitelt. Nichts ist mehr zu spüren vom Demokratieverständnis, Umweltschutz und freien Wahlen, wonach man noch vor Wochen lauthals schrie. Wir sind demnach schon wieder in der Opposition.” (S.S., Leipzig)

“Wir gehören zu den unverbesserlichen Anhängern sozialistischer Ideale, trotz der (leider realen) Machenschaften verschiedener SED-Funktionäre auf unterschiedlichsten Ebenen. Wir bekennen uns zu den grundlegenden sozialen Errungenschaften in unserem Land und wollen versuchen, möglichst viele davon auch in die unmittelbare Zukunft unseres Landes ‚hinüberzuretten‘.” (U.B., Freiberg)

5 “Ich habe nicht so viel Ahnung von Politik, aber mein Gefühl sagt mir, daß das alles auf etwas ganz anderes hinausläuft, als die meisten Leute meinen, die da schreien ‚Deutschland einig Vaterland‘. (...) Am Anfang war ich oft mit bei der Demo dabei, weil ich selber gesehen habe, daß viele Dinge in unserem Land nicht hinhalten und das nicht erst seit kurzem. Das hat sich dann ja auch bewiesen. Leider. Ich war froh über die
10 Veränderungen - aber dann... Ich hatte schon immer eine schlechte Meinung vom Grundcharakter der Menschen. Das hätte ich voraussehen müssen. Jeder denkt doch zuallererst nur an sich. Wenn das nicht so wäre, hätte unser Staat eine große Chance gehabt. Ich kann beim besten Willen nichts Schlechtes an der Grundidee des Sozialismus finden. Aber plötzlich ist alles schlecht und sinnlos...

15 Niemand hat bei uns mehr gearbeitet als er mußte. Wer ist denn so blöd, wenn man sein Geld auch so verdient - mit Schlamperei und Nichteinhalten der Arbeitszeit. Keiner sagt großartig was dagegen, von den Verantwortlichen. Es wurde halt weggeschaut, um keinen unnötigen Ärger zu haben. Auf der anderen Seite haben genau diese Werktätigen gemeckert, wenn es nichts zu kaufen gab und die Qualität zu wünschen übrig ließ. Aber daß sie selbst daran schuld sind, wollen oder können anscheinend die meisten nicht sehen.

20 Nun waren solche Leute im Westen und bekamen den Mund nicht mehr zu. Es gibt wirklich alles. Konsum und Komfort. Ein Leben wie im Schlaraffenland. ‚Das wollen wir auch‘ werden einige gedacht haben. - ‘Wiedervereinigung‘ was die Sprechchöre da schreien, verkörpert nichts anderes als ihren Egoismus. Es ist doch nicht der Kapitalismus an sich, den diejenigen sich erwünschen, und auch nicht die große deutsche Heimat, sondern der hohe Lebensstandard des goldenen Westens.

25 So sehe ich das. Aber ich kann niemanden überzeugen. (...) Meine Eltern sagen, daß man da gar nichts machen kann. Wenn die Mehrheit die Wiedervereinigung will, dann können die wenigen, die dagegen sind, das auch nicht aufhalten. So etwas macht mich wütend. (...) Das Schlimmste ist es für mich, wenn ich neonazistische Tendenzen entdecke.” (M.L., Leipzig)

30 “Wir halten auch selber nicht viel vom 10-Punkte-Plan des Kanzlers Kohl. Wir sind auch gegen eine Wiedervereinigung, denn es würde die Zeit herankommen, wo die DDR aufgekauft werden würde. Da ich selber in meinem Großbetrieb (Kabelwerk Nord) als Kfz-Schlosser arbeite und derzeit Verträge mit dem Großkonzern ‚Siemens‘ abgeschlossen werden, bangen viele um ihre Arbeit. Eine Produktionshalle mit 85-120 Beschäftigten wurde ‚Siemens‘ zur Hilfe seiner ‚Entwicklungsideen‘ übergeben, damit die Produktion
35 schneller vom Band geht, doch diese Produktionshalle wurde so neu aufgebaut, daß nur noch 15-20 Arbeiter ihre Tätigkeit weiter ausführen brauchten. Somit wurden 70/80% wegrationalisiert und zur Zeit noch woanders eingesetzt. Wie gesagt geht diese ‚große Unterstützung bzw. Hilfe‘ der Großkonzerne solange weiter, bis ganze Großbetriebe oder Schaubetriebe aufgekauft werden und wir die Situation in der BRD hier im eigenen Land zu verspüren bekommen. (Arbeitslosigkeit, Drogensucht usw.)

40 Auf eine solche Unterstützung verzichten wir lieber; lieber eine Unterstützung, damit unser Land die wirtschaftliche Lage endlich wieder in Griff bekommt und nicht nur die ‚großen Bonzen‘ in den Genuß des Wohlstandes kommen.

45 Viele DDRler sehen diese Probleme nicht so, man schaut bloß auf die Möglichkeit der großräumigen und vollgestellten Handelseinrichtung im Westen, wo das Herz alles begehrt. Man braucht da nicht lange Schlange zu stehen, da dort alles vermarktet wird, was zu vermarkten ist, sei es der eigene Körper!” (A.Z./R.W., Schwerin)

5 “Zuerst kam das große Aufatmen und die Hoffnung mit den großen Demos, dann die
Ernüchterung und manchmal auch Verzweiflung. Wenn ich die Deutschtümmler montags
höre und die Sprechchöre ‚Rote raus!‘ dann schwanke ich zwischen Wut und Heulen. Ich
wollte etwas dagegen tun, aber es ist schwer, die Kräfte zu sammeln in dieser chaotischen
Zeit, wo jeder seins macht und das Abwarten auf Meinung von ‚oben‘ immer noch
dominiert. Was tun? Was kann man tun. Vor 14 Tagen las ich ein Flugblatt der Trotzlisten
und fand dort viele meiner Wunschträume. Leider weiß ich aber auch, daß es halt
Wünsche sind, die zum großen Teil unrealistisch sind. Es halten ja noch nicht einmal die
10 Kommunisten zusammen - geschweige denn die Arbeiter. Nun beginnt ja auch hier das
große Bluffen um Wählerstimmen. Ich frage mich, warum wir hier so lange ausgehalten
haben, wenn wir jetzt alles wegschmeißen. Es sieht aber so aus, als seien die Kräfte zu
schwach, die das verhindern könnten.

15 Wenn ich den Kohlkopf lachen sehe, dann muß ich einfach damit leben, daß unsere
Parteiführung besser als jede Bundeswehr in seine Hände gearbeitet hat. Wir haben es
geschafft, Menschen zu erziehen die ihren Lebensinhalt auch nur in materiellem
Wohlstand sehen. Wir haben ja schon die ganze Zeit nur nachgemacht, was der Westen
vorgemacht hat - nur viel schlechter. Es sind keine eigenen Konzepte entwickelt worden,
selbst dort nicht, wo der westliche Vormarsch längst die Sackgasse entdeckt hat, da trotten
wir schön hinterher. Und heute wie vor der Wende wird das mit den Bedürfnissen der
20 Menschen begründet. Wenn eben jeder ein Auto will, dann muß er es bekommen. Nicht
etwa über eigene gesellschaftliche Lösungen nachdenken, die viel einfacher zu realisieren
gewesen wären. Ja, das ist nun mein Problem. Jetzt sehe ich nämlich keine solche
Möglichkeit mehr, weil die Leute dann einfach gehen, wenn wir ihre Wünsche nicht
erfüllen können bzw. wollen. Es gibt ja kein anderes Vorbild als den Westen. Die Nachteile
25 glauben sie nicht und finden sie zum Teil als absolut notwendig, denn sie sind eben bereit
zu arbeiten und sie wird es nicht treffen. Der Bundesbürger ist nur zu verwöhnt. Nazis
gehören zur Demokratie. Schließlich muß eben jeder sagen können, was er will. Nur wir
dürfen es kaum noch - wir, die Roten, haben uns in die Ecke zu stellen und zu schämen.
„Nie wieder Sozialismus - keine Experimente mehr!“

30 (...) Noch bin ich in der SED. (...) Ich bin der Meinung, daß zu viele Ideale, zu viel Kraft
darin steckt von unprivilegierten, vom Marxismus überzeugten Genossen, als daß man sie
einfach aufgeben könnte. Solange ich die Hoffnung haben kann, daß der Marxismus
endlich zur weltanschaulichen Grundlage meiner Partei wird, solange bleibe ich Mitglied.”
(S.S., Leipzig)

35 “(...) daß ich SED-Mitglied bin, also die marxistische Weltanschauung vertrete, so wie ich
es auch von den Mitgliedern der Marxistischen Gruppe (...) annehme.

Wie Ihnen nicht unbekannt sein dürfte, wurde gerade diese marxistische Weltanschauung in
unserem Staat von bestimmten Leuten schändlichst mißbraucht, auch benutzt zur Durchsetzung
persönlicher Interessen und Privilegien. Diese Wahrheit zu verkraften, ist gar nicht einfach, zumal
40 täglich neue Mißstände aufgedeckt werden. Gegenwärtig bemühe ich mich, auf eine Vielzahl von
Fragen und Problemen Antworten zu suchen und zu finden, um meinen Platz im Leben neu zu
bestimmen.” (J.R., Leipzig)

Freunde hat er nicht mehr, der alte SED-Staat - oder jedenfalls äußern die sich nicht. Aber er hat
Kritiker, die noch zu ihm halten, und zwar im Namen seiner alten Ideale und seiner erhofften
45 neuen Möglichkeiten.

Diese Freunde einer besseren DDR stoßen mit ihrem Verbesserungswillen nicht auf die
Widerstandskraft des Alten, sondern auf eine massenhafte Feindschaft gegen eine autonome DDR

überhaupt, reformiert oder nicht; eine Feindschaft, die sie mit ihrem ganz anders gemeinten Protest selbst mit freigesetzt haben. Das stimmt manchen verzweifelt, läßt viele nach Zuspruch ausschauen, wobei sie sogar auf uns setzen, und veranlaßt unsere Briefschreiber zu dem seltenen Versuch, für den *Bestand* eines *Staates* z u *argumentieren*.

5 Ihre Bemühungen zeigen, daß das nicht geht.

Das eigene Volk, zum politischen Gegner übergelaufen

Die Freunde einer autonomen DDR schlagen sich nicht - wie das richtigen nationalen Autonomiebewegungen eigen ist - blind und bedingungslos für das fraglose Recht ihrer Nation; weder für das unbedingte Recht einer eigenen höchsten Gewalt auf die Loyalität ihres Volkes - als Reformer pochen sie da gerade auf "soziale" Bedingungen - noch für das Recht des Volkes auf eine erfolgreiche eigene Obrigkeit, die über es verfügt. Dieser Standpunkt *begegnet* ihnen bei ihren Gegnern: den Befürwortern eines Anschlusses an die BRD.

10 Um diesen Wahn zu kontern, verfallen manche auf eine vermeintlich schlagende Warnung:
15 Gerade die fanatischsten "Überläufer" würden im anderen Staat und System erst so richtig und als erste unter die Räder kommen. Was ist dieser Einfall wert?

Daß er in der gegenwärtigen Lage *ohnmächtig* ist, kann man ihm nicht ankreiden; das gilt derzeit für die besten Argumente. Es heißt auch nicht viel, daß diese Warnung schon gar nicht mehr auf Wirkung rechnet, sondern im Grunde davon ausgeht, daß die beschworene Lage bereits nicht mehr zu verhindern ist; auch für die besten Einwände ist es irgendwann zu spät. Der Haken an diesem "Abschreckungsversuch" per Verelendungstheorie ist seine *Hilflosigkeit*.

Man darf sich nämlich nicht täuschen: Bürger, die in Sachen nationaler Errettung unterwegs sind, kalkulieren nicht ihr wirkliches Wohl- oder Schlecht-Ergehen und dessen Bedingungen. Sie denken zwar immerzu daran, aber unter dem Gesichtspunkt eines *Rechts*, das ihnen als "naturwüchsigen" Untertanen "ihrer" nationalen Obrigkeit zukäme. Nationalismus als private Einstellung besteht gerade darin, dieses Recht so sehr als erstes und entscheidendes Lebensmittel anzusehen, daß die Frage der privaten Wohlfahrt damit im Prinzip schon abgehakt ist. Bei wem die Sache ersichtlich anders ausgeht, gegen den gilt der Verdacht, daß er dieses Recht verspielt und dann wohl auch nicht verdient hat. Aus diesem Standpunkt entspringt die bürgerliche Verachtung der Erfolglosen und die sehr bedingte Popularität von Sozialleistungen der Art, wie sie die alte DDR als ihren Ruhmestitel angesehen hat; Einstellungen, mit denen treue, sozial denkende DDRler zu ihrer Verwunderung auf den schwarz-rot-goldenen Demos Bekanntschaft machen mußten.

Für den Fall, daß national denkende Bürger tatsächlich unübersehbar selber in die Scheiße geraten, wissen sie mit Hilfe desselben Gedankens immer schon die Erklärung: Das muß an der nationalen Rechtslage liegen; Tatkraft und/oder Erfolg der politischen Herren lassen zu wünschen übrig; eine schlappe oder pflichtvergessene Regierung hat den Falschen, nämlich Ausländern und vaterlandslosen Gesellen, unverdiente Rechte zugestanden. Deswegen wecken schlechte Erfahrungen bei Nationalisten keine Skepsis gegen die Segnungen eines Untertanendaseins in den jeweiligen Landesfarben, sondern im Gegenteil den Fanatismus: das "Ausländer und Rote ,raus!"

und den Ruf nach starker Herrschaft, die sich bei der Vertretung nationaler Rechtspositionen nichts gefallen läßt.

Einem solchen Nationalismus, der eine neue, ihm Genüge tuende Obrigkeit fordert, sehen sich die letzten Getreuen einer eigenständigen DDR daheim gegenüber. Es muß gar kein "Neonazismus" sein, der da ausgebrochen ist. Da sind einfach gute Deutsche unterwegs, die sich ihre Unzufriedenheit streng staatsbürgerlich erklären: als Folge der "Tatsache", nicht von der richtigen, nämlich durch nationale Erfolge ausgewiesenen, im Verhältnis der Staaten tonangebenden Herrschaft regiert worden zu sein. Dabei gibt es die bereits, nämlich als Bonner Regierungsmannschaft, die es ihrerseits nicht hat fehlen lassen: Sie hat das Ihre immer getan und alle DDR-Bürger als ihre verhinderten Rechtssubjekte betrachtet. Damit ist die Lage klar: Das Dasein in der DDR ist ein einziges vorenthaltenes nationales Recht, und in dessen Namen gehört alles niedergemacht, was den DDR-Bürger von seiner BRD-Obrigkeit trennt.

Ein solches Rechtsbewußtsein ist nicht zu irritieren durch den Hinweis, daß die umstürzlerischen Ostdeutschen sich so ziemlich alles, wogegen sie - seit es ungestraft geht - im eigenen Land so erbittert aufbegehren, von der staatschützerischen Überwachung bis zu einer arroganten und wohlversorgten Staats- und Betriebsbürokratie, mit dem Anschluß an die BRD ja gleich wieder einhandeln. Es ist eben gar kein Aufstand gegen Herrschaft und Ausbeutung gelaufen, noch nicht einmal eine gigantische Bürgerinitiative für bessere Lebensverhältnisse in dem einen oder anderen Bereich, sondern ein Volk ist politisch übergelaufen.

Systemvergleich von unten gegen entschiedenen Machtkampf der Systeme

Der Versuch oder auch nur die Idee, mit Warnungen vor den Nachteilen eines Lebens unterm BRD-Kapitalismus dem nationalen Wahn etwas entgegenzusetzen, ist nicht bloß hilflos; es ist auch ein *schlechter* Einwand. Er fordert ja bloß dazu auf, relative Vor- und Nachteile der einen und der anderen *Herrschaft*, Chancen und Risiken der eigenen *Unterordnung* unter die Lebensverhältnisse des einen und des anderen Systems abzuwägen und eine *Wahl* zu treffen. Diese Wahl ist selber eine Fiktion; denn die Alternative zwischen Kapitalismus und Sozialismus existiert gar nicht als Objekt einer privaten Entscheidung. Daß sich, im deutsch-deutschen Verhältnis die Sache so stellt, ist das Ergebnis eines gelaufenen Machtkampfes zwischen den Staatsgewalten der BRD und der DDR, ausgetragen an der Frage des Staatsbürgerrechts, also des Hoheitsrechts über das DDR-Volk, und im Herbst ,89 von der bundesdeutschen Seite gewonnen. Dieser Machtkampf hat die Entscheidung zwischen dem "Realen Sozialismus" der DDR und dem BRD-Kapitalismus für die Bürger zu einer Frage der Übersiedlung gemacht, also tatsächlich eine private Wahlfreiheit hergestellt - und abgeschafft. Denn inzwischen ist es mit der DDR als Alternative vorbei und nur die Abwicklung der Machtübergabe noch offen. Damit ist die Mahnung, DDR-spezifische Errungenschaften nicht "wegzuschmeißen", schlicht gegenstandslos geworden. An diesem Ergebnis zeigt sich, wie matt und verkehrt der Appell an die Vergleichskunst und die kläglichen Berechnungen von Staatsbürgern ist, wo in Wirklichkeit die Existenz eines gesellschaftlichen Systems und eines ganzen Staates auf dem Spiel steht. Es kommt den Befürwortern des DDR-Sozialismus ja zu Recht selber nicht in den Sinn, zu einem revolutionären Abwehrkampf gegen die Beseitigung der paar DDR-spezifischen sozialen Errungenschaften durch den BRD-Kapitalismus aufzurufen. Ihre Warnung ist an berechnend-ein-

5 ordnungsbereite Bürger gerichtet, die weit davon entfernt sind, mehr als ihre private Einordnung in die eigenen Hände zu nehmen, schon gar nicht die Organisation ihrer Arbeit und die Entscheidung über deren Erträge; die sich nach der Decke strecken und dabei bloß angeberisch so tun, als hätten sie die Länge der Decken, die verschiedene Herren und Systeme ihnen zur Auswahl angeboten hätten, kritisch verglichen und hoheitsvoll dem besten Angebot den Zuschlag erteilt.

10 Es ist deswegen schon gar kein ernstzunehmender Standpunkt, der Abschaffung der DDR die Errungenschaften eines “Versuchssozialismus” und die Verlockungen weiterer “Experimente” entgegensetzen zu wollen. Solche Spielereien werden der Härte des Machtkampfs, der da gerade in seine letzten Phasen eintritt, überhaupt nicht gerecht, und sie sind nicht im geringsten dazu angetan, die Leute, die Manövriermasse dieses Machtkampfs, in ihrer opportunistischen Stellung zu dessen Ergebnissen auch nur zu irritieren. Marxisten jedenfalls haben auch dem DDR-Volk nichts anderes mitzuteilen als die Gründe dafür, die gesellschaftliche Arbeit vernünftig, frei und ohne jedes kapitalistische oder “realsozialistische” Wert- und sonstige Sachgesetz vorteilhaft zu planen. Alles, was darunter an Warnungen vor dem oder gar bloß vor zuviel Kapitalismus läuft, bleibt im Reich der frommen Wünsche über den Ausgang von Machtkämpfen, die ganz andere Instanzen nach ihren Interessen austragen.

Drang nach Westen - ein Charakterfehler?

20 Die DDRler, die ihren Staat für gut und nötig halten und ihn erhalten wissen wollen, verweisen zwar auf manche Errungenschaft, um die es ihres Erachtens schade wäre. Für die meisten von ihnen ist das aber gar nicht der Grund, aus dem sie selbst der DDR die Treue halten. Ihr wichtigster Beweggrund sind die schlechten bis verwerflichen Gründe für eine Wiedervereinigung, die sie an ihren schwarz-rot-goldenen Mitbürgern und Mitdemonstranten von gestern entdeckt haben wollen. Sie stören sich an der “Konsumsturmflut”, die alle Grundsätze wegpült; am “Materialismus”, der “für ein Kilo Bananen die Gesinnung” verrät; an dem blinden, von ökologischen und sonstigen Verbesserungsidealen völlig unbeleckten Wunsch, es genauso wie 25 im Westen zu haben; kurzum: an dem Systemvergleich aus der Schaufensterperspektive, mit dem ihre Gegner sich ihre Überzeugung bebildern, daß die Wiedervereinigung auch ihr Recht auf materielle Zufriedenheit bedienen würde. Aber was stört sie daran?

30 Die meisten Zuschriften machen deutlich, daß ihre Verfasser an der Bewunderung des Westens die *Selbstachtung des DDR-Bürgers* vermissen. Sie ärgern sich an der Ehrlosigkeit des jetzt massenhaft abgelegten Bekenntnisses, nur Falsches erduldet zu haben und eben nie etwas anderes als verhinderte BRD-Bürger, zu kurz gekommene Deutsche gewesen zu sein. Was sich da regt, ist nicht gerade ein militanter DDR-Nationalismus, aber auch nicht gerade eine politische Einsicht, sondern ein mattes patriotisches Gefühl: der Ehrenpunkt, *als DDRler* immerhin etwas 35 Selbständiges, *auch* Ehrenwertes und nicht bloß der armselige Zoni, ein BRDler zweiter Klasse (gewesen) zu sein. Einen anderen Inhalt hat dieser Rest von Nationalstolz gar nicht, aber den hat er: Für die - so gesehene - kleinliche Vorteilsgeierei der andern ist man sich rein menschlich zu gut.

40 Widerlegt ist damit keiner aus der großen Mehrheit von DDR-Bürgern, die jetzt so offen klarstellen, daß ihnen die Zugehörigkeit zu ihrer separaten Republik weniger als nichts wert ist.

Dafür ist mit dieser sittlichen Unterscheidung dokumentiert, daß es für die Identifikation mit einem Staat überhaupt keinen guten Grund gibt - außer dem Rechtsfanatismus der einen und dem moralisch offenbar sehr erhebenden Selbstbewußtsein der andern, insoweit dann doch mehr zu sein als ein nach Chancen und Vorteilen strebender Materialist. Dieses würdevolle Bewußtsein betätigt und bestätigt sich allemal, keineswegs bloß bei den in die totale Defensive geratenen letzten Anhängern einer eigenständigen DDR, am wirkungsvollsten in der Verachtung derer, die es daran fehlen lassen. Den begeisterten Freunden der Wiedervereinigung wird kein Fehler nachgewiesen, keine Klarstellung der wirklichen politischen Lage und ihrer Rolle darin entgegengehalten - auf die sie wohl auch kaum hören würden, aber die Verachtung durch DDR-Patrioten nehmen sie sich ja nun erst recht nicht zu Herzen -, sondern ein *Charakterfehler* angekreidet. Als Beleg dient das schlechte Bild, das die fanatischen Überläufer und die kräftig ermunterten Rechtsradikalen abgeben - was freilich auch nur dann so eindeutig entlarvend ausfällt, wenn sowieso schon die Diagnose feststeht, daß Kauflust und großdeutscher Nationalstolz nur von schlechtem Charakter zeugen können.

15 ***Auch eine Systemkritik: Die SED hat keinen gescheiterten Staat hingekriegt***

Über den schlechten Charakter der Massen, an dem sie die DDR zugrundegehen sehen, verfallen die Freunde eines zweiten deutschen Staates auf eine Kritik an der Art und Weise, wie die SED da Staat gemacht hat: Sie hätte sich der Bedürfnisbefriedigung der Massen verschrieben und doch bloß eine schlechte Kopie des westdeutschen Kapitalismus hingekriegt, die den massenhaft praktizierten Vergleich mit dem Original nicht aushält; sie hätte die Arbeiter gleichzeitig zu Ansprüchen an die Warenwelt und zur Faulheit im Betrieb erzogen, zumindest um des lieben Friedens willen Drückebergerei geduldet, was die Ökonomie ruiniert, jedenfalls gegenüber der Wucht des Kapitals ins Hintertreffen gebracht hätte.

25 Was jetzt: Hätte die SED besser daran getan, die "materiellen Bedürfnisse" der Leute aus ihrem politischen Aufgabenkatalog zu streichen und statt dessen mehr von der sozialistischen Einfalt zu verordnen, die einem Schreiber im Vergleich zum überdrehten Kapitalismus so nostalgisch zusagt: Sind die Anspielungen auf versäumten Umweltschutz mehr als die werbende Bebilderung dieses von oben durchzusetzenden Bescheidenheitsideals? Und hätte es den Lohnarbeitern in der DDR gutgetan, oder wäre es ihnen bloß recht geschehen, wenn die Leitungsorgane ihnen eine härtere Arbeitsdisziplin, eine von kapitalistischem Zuschnitt womöglich, aufgezwungen hätten: Eine Systemkritik, die den herrschenden Instanzen, Interessen und Einrichtungen eines Staates vor allem den Vorwurf macht, daß die Massen aus Eigennutz zu wenig dazuhalten und zu wenig dafür tun, ist allemal so eine Sache. Sie lebt immer von einem moralischen Gemeinschaftsideal, das die Forderung einschließt, die Machthaber sollten gefälligst ihre Untergebenen wirksamer bei der Stange halten und lohnender einsetzen. Auf die Diagnose "Charakterfehler" paßt nur die Therapie "Dienstverpflichtung". Wenn unter dem Gesichtspunkt der Sozialismus der SED, rückblickend betrachtet, schwer zu wünschen übrig läßt, so daß er mangels "wirtschaftlicher Macht" "am Ende" ist, dann ist der Standpunkt endgültig klar: Der *Reale* Sozialismus wird begutachtet als -

40 ziemlich untaugliche *Methode* für das Ziel einer schlagkräftigen und *erfolgreichen staatlichen* "Gemeinschaft"; die "sozialistischen Ideale" sind die Umschreibung für eben dieses Ziel, nämlich

für eine von der Staatsräson der BRD zu unterscheidende eigenständige *nationale Sache* der DDR.

*

Es bleibt also doch dabei, auch bei den gutgemeinten Zuschriften aus der DDR:

5 ***Für die Erhaltung eines Staates läßt sich nicht mit guten Gründen, sondern nur aus Nationalismus Partei ergreifen.***

10 Daran ändert auch die ärgerliche und außerdem kriegsträchtige Tatsache nichts, daß der Untergang der DDR ein weltpolitisch vielleicht entscheidender imperialistischer Durchbruch der BRD ist. Es spricht zwar alles dagegen, daß dieser Erfolg etwas Gutes wäre. Für eine eigenständige DDR spricht dieser Befund aber schon allein deswegen nicht, weil die SED, wie eine Zuschrift sehr richtig bemerkt, “besser als jede Bundeswehr dem Kohl in die Hände gearbeitet” hat. Sie hat ja nicht einmal ein paar Marxisten hervorgebracht, die den Standpunkt einer nationalen Obrigkeit von dem der regierten Leute unterscheiden könnten und die demzufolge wissen, daß der falsche
15 Opportunismus und Berechtigungswahn des deutsch-deutschen Systemvergleichs nichts zu schaffen hat mit dem Materialismus, für den Kommunisten, und zwar nicht aus weltanschaulichen Gründen, doch wohl noch allemal eintreten.

20 Das, was die SED statt dessen als “marxistische Weltanschauung” vertreten hat, geht mit ihrer Herrschaft auch kaputt. Das mag manchen ehrlichen Anhänger irritieren, zeigt aber auch bloß, wie verkehrt es ist, an den unausweichlichen Sieg “des Sozialismus” zu glauben, und wie peinlich, aus diesem Dogma eine Staatsideologie zu machen.

25 Marxismus jedenfalls ist etwas anderes als eine bombensichere Erfolgsprognose für die - mittlerweile ruinierte Unternehmung, nach “realsozialistischen” Rezepten Staat zu machen und Nationen fortschreiten zu lassen. Er beweist, daß der Kommunismus “geschichtlich notwendig” ist, in genau einem Sinn: Den Lohnarbeitern steht *nichts* anderes zu Gebote und bleibt nichts anderes übrig, wenn sie nicht für den Rest ihrer Geschichte Manövriermasse des Reichtums anderer - Instanzen und Personen - bleiben wollen.

Das hat leider keiner von unseren Leserbriefschreibern gemerkt.

30